Tageblatt für Politik. Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang. Aufl. 48,500 Stück.

Dresden, 1890.

Reiboldsgrün i/Sachs., gegründet 1873. Lungen-Heilanstalt. Vorzügliche Einrichtungen. Anerkannte Erfolge. Mässige Preise.

Thüre zu! D.R. Patent. Vollkommenster selbstthätiger geräuschloser Thürschliesser. Prospecte gratis und franco. 40,000 Stück im Gebrauch. Curt Heinsius, Dresden-N., Tieckstrasse 27. Fernsprecher 2166.

Tapeten. Grösste Auswahl, billigste aber feste Preise. Franz Schlote, im Café Passage, Ecke Johannesstrasse.

Friedrichshaller Wasser erwies sich mir als das allerbeste und für die Verdauungsorgane unschädlichste salinische Abführmittel, wenn es sich um einen längeren Gebrauch handelte. Geh. Rath Prof. Dr. v. Nussbaum.

Lawn-tennis Flanell, neueste Kleider-Flanelle. W. Metzler, 9 Altmarkt 9.

Comprimirte Citronensäure gegen Hitzschlag, für Militärs, Touristen, Radfahrer, Landwirthe etc. Zwei Tabletten geben in Wasser gelöst ein angenehmes Getränk, mit Zucker versüsst eine vorzügliche Limonade. Glas à 75 Pfg., 1 Mk. u. Mk. 1,50. Prompter Versandt nach auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

Nr. 164. Spiegel: Militärvorlagen in allen Staaten. Offiziersgehalte. Deutsche und Czechen. Hofnachrichten. Bauthätigkeit. Beerenobst-Ausstellung. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Erwerbungen der Gemäldegalerie. | **Freitag, 13. Juni.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Ueber das Schicksal der Militärvorlage wird die Berathung ausschlaggebend sein, zu welcher das Centrum am gestrigen Donnerstage zusammentrat. Es kommt Alles darauf an, ob das Centrum an die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 18,000 Mann die förmliche Bedingung der zweijährigen Dienstzeit knüpft. Thut es dies, so lehnt es damit die Vorlage überhaupt ab, und der Konflikt mit der Reichsregierung ist da. Ob er zu einer Auflösung des Reichstags führt, wovon man munkelt, stehe dahin. Jedenfalls sind die Gegensätze schärfer zugespitzt, als bis vor Kurzem für möglich gehalten wurde, und der Ausgang des Streits wird für das Verhältniß zwischen Reichsregierung und Reichstag in der Zukunft bestimmend sein. Das Wahrscheinlichste ist, daß ein Theil des Centrums, namentlich die süddeutschen Abgeordneten, auf der Einführung der zweijährigen Dienstzeit bestehen, die Mehrheit jedoch die Bewilligung der Vorlage davon nicht abhängig macht. Denn von der Nothwendigkeit der Verstärkung der Präsenzziffer des deutschen Heeres, Angesichts dessen, was Franzosen und Russen thun, ist auch das Centrum ausnahmslos überzeugt, und das Gleiche gilt von dem größten Theile der Deutschfreisinnigen. In der Broschüre des Franzosen Dreyfuß war vor Kurzem auseinander gesetzt, daß augenblicklich Frankreich weit besser gerüstet ist als Deutschland, uns auch der Zahl der Streiter nach überlegen ist. In seiner Darstellung mischte sich Wahres und Falsches. Dreyfuß führte aus: Frankreich hat mehr kriegsbereite Truppen an der Grenze, überhaupt mehr Streiter als Deutschland; es hat mehr und bessere Geschütze, die französ. de Bange-Geschütze sind den deutschen Krupp's überlegen; es hat bereits das kleine Lebelgewehr und das rauchlose Pulver, welche Deutschland vergebens nachzuahmen suche; es hat Melinit, Deutschland Nichts dem Aehnliches; es hat die Panzerthürme Mougent gegenüber den „elenden Fabrikaten" Gruson's; es hat Führer, die in den Kolonialkriegen geübt sind, Deutschlands Feldherren sind pensionirt. Etliche dieser Vergleiche können nur mit ausgelassenster Heiterkeit gelesen werden; an der Thatsache selbst, daß Frankreich uns ein mindestens ebenbürtiger Gegner ist, kann Niemand zweifeln. Das uns in der Bevölkerungsziffer nachstehende Frankreich hat mehr Streiter auf den Beinen, es hat eine zahlreichere Artillerie, es ist uns in der Ausrüstung mehrfach voraus. Die Militärvorlage ist bestimmt, diesen Vorsprung eines unserer Gegner im Zukunftskriege annähernd einzuholen.

Es ist gewiß bezeichnend, daß die Parlamente der drei Reiche, die sich zur Erhaltung des Friedens verbündet haben, allen militärischen Forderungen die größten Schwierigkeiten bereiten. Das gleiche Stück wie im Reichstage zu Berlin spielt jetzt auch in den österreichisch-ungarischen Delegationen in Pest und wird vom Parlamente zu Rom aufgeführt. Umgekehrt stehen den beiden Reichen, von denen einzig eine Bedrohung des Friedens überhaupt ausgehen kann, schier unerschöpfliche Reichthümer für Rüstungszwecke zu Gebote. Bekannt ist, daß die französische Nationalversammlung jeden Kredit, den der Kriegs- und der Marineminister fordern, unbesehens und freudig bewilligen; das Knickern kennt der Franzose bei Heeresausgaben nicht, in patriotischer Aufwallung hat die Kammer dem Kriegsminister bisweilen sogar mehr gegeben, als er gefordert hat. Der russische Kriegsminister aber hat einen Kredit von 300 Millionen Silberrubel zur unumschränkten sofortigen Verfügung für Rüstungszwecke. Nur diejenigen Regierungen, die Nichts als den Frieden wollen, müssen ihren Parlamenten mühsam abringen, was doch unentbehrlich ist, um die friedenbedrohenden Pläne ihrer Nachbarn in Schach zu halten. Freilich ist die deutsche Reichsregierung nicht ohne eigene Schuld in die jetzigen parlamentarischen Schwierigkeiten gekommen. War es denn politisch klug, daß der Kriegsminister v. Verdy solche Zukunftsmusik über weitere militärische Organisationspläne machte? Eine zwingende Nothwendigkeit dazu war nicht vorhanden, und zwar umsoweniger, als der Kriegsminister selbst zugab, daß der Ausbau dieser Organisationen so weitschichtig ist, daß kein einziger der Jetztlebenden bei ihrer Erfüllung noch mitrathen wird. Sind doch die militärischen Autoritäten über den Nutzen der ausnahmslosen Verwirklichung der allgemeinen Wehrpflicht selbst nicht mit sich einig. Lieber weniger Soldaten kriegstüchtig ausbilden, wenn nun einmal die gehörige Ausbildung aller waffentauglichen Mannschaften wegen der unerschwinglichen Kosten doch nicht durchführbar ist — diese Meinung findet auch ihre gewichtigen Vertreter. Die Tüchtigkeit der Armee ist die Hauptsache, die große Menge allein thut's nicht. Wenn irgend etwas feststehen muß auf finmerprobter Grundlage, dann ist es das Heer, in dessen Hand der Schutz des Vaterlands ruht und von dessen Zuverlässigkeit alles Andere abhängt. Die geforderten 18,000 Mann mehr aber vollständig tüchtig auszubilden, das ist im Rahmen der jetzigen bewährten Grundsätze möglich, und zwar ohne besonders fühlbare Mehrbelastung der Steuerzahler.

Was nun die andere Militärvorlage anlangt, die für die Erhöhung der Offiziersgehalte 5 Millionen fordert, so steht unter allen Parteien des Reichstags die Meinung fest, daß darauf nicht einzugehen ist. Ebenso wird der Reichstag die Zulagen für alle höheren Beamten und auch einen großen Theil der mittleren Beamten ablehnen, sodaß die Gehaltserhöhung ausschließlich den eigentlichen Unterbeamten gewährt wird. Man ist allseitig der Meinung, daß Gründe der Gerechtigkeit und der finanziellen Interessen der Steuerzahler es schlechterdings verbieten, über denjenigen Rahmen hinauszugehen, der bei den Gehaltsverbesserungen in Preußen und Sachsen festgelegt ist. Wenigstens soll dann der Reichstag dafür sorgen, daß die Unterbeamten des Reichs ungesäumt in den Besitz der ihnen zu gewährenden Zulagen gelangen, sodaß sie nicht etwa bis zum Herbste zu warten haben.

In Böhmen geht der Hader zwischen den beiden Nationalitäten weiter. Dieser nationale Streit besteht in Böhmen eigentlich so lange als dieses selbst; er hat in dem Augenblicke begonnen, da die beiden das Land bewohnenden Volksstämme, die Deutschen und die Czechen, zu höherer geistiger Kultur und zu staatlicher Bethätigung sich emporgearbeitet haben. Er wird daher bald sein tausendjähriges Jubiläum feiern können; ganz aufhören würde er nur, wenn einer der beiden streitenden Theile vom Schauplatze des Kampfes ganz verschwunden wäre. Diesen Zeitpunkt herbeizuführen, d. h. für die Deutschen, ist das offen eingestandene Streben der Czechen, und Alles, was sie thun, richtet sich auf die Entnationalisirung der Deutschen. Bei der kernigen Natur der Deutschen werden die Czechen allerdings niemals dieses Ziel erreichen, und richtiger wäre es jedenfalls, statt die reichen Kräfte des Czechenvolks auf diese kulturfeindliche und unmögliche Aufgabe zu verwenden, ein solches Zusammenleben der beiden Volksstämme herbeizuführen, welches den nationalen Bestand keines derselben bedroht, wohl aber die möglichste Entfaltung der Volkskraft beider Theile in materieller, geistiger und sittlicher Hinsicht ermöglicht. Augenblicklich dreht sich der nationale Streit in Böhmen um folgenden Punkt: Auch die Jungczechen wären am Ende geneigt, dem Ausgleiche zuzustimmen, aber sie setzen darauf einen neuen Preis. Sie verlangen die czechische Amtssprache im inneren Dienste bei den czechischen Behörden. Darauf läuft die vom Prager Landtage gegen die Stimmen der Deutschen angenommene Resolution des Abg. Skarda hinaus. Auf den ersten Blick erscheint Nichts einfacher, als daß in czechischen Bezirken die czechischen Behörden sich im inneren Amtsdienste auch der czechischen Sprache bedienen. Auch etwas Neues läge für Oesterreich nicht darin. Das Gleiche ist der Fall bezüglich des Italienischen bei den 300,000 Welschtirolern und betreffs des Polnischen in Galizien (3 Millionen). Für die Deutschen aber ist diese Forderung trotzdem schlechterdings unannehmbar. Sie halten unverbrüchlich daran fest, daß das Deutsche, welches die gesetzlich festgesetzte Amtssprache ist, als solche von den böhmischen Behörden nicht blos im Verkehr mit anderen Behörden angewendet wird, sondern auch im inneren Dienst, gleichviel welcher Nationalität die Beamten angehören. Tritt hierin ein Wandel ein, so ist es mit dem Deutschen als gesetzlicher Amtssprache binnen Kurzem vorbei; dafür wird schon die Rührigkeit der Czechen sorgen, daß alsbald die czechischen Behörden auch sich des Czechischen im Verkehr mit anderen Behörden bedienen. Hier gilt es von Haus aus grundsätzlich Widerstand leisten. Der Verlust des Deutschen als Amtssprache wäre der härteste Schlag, der die Deutschen treffen könnte: sie können um der Selbsterhaltung ihres Volksthums nicht darauf eingehen. Sie werden also niemals diesen Preis zahlen, selbst wenn der übrigens ja kaum viertelfertige Ausgleich ganz in die Brüche gehen sollte.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 12. Juni.

Berlin. Reichstag. Die Berathung des Antrags Brömel betr. die Entscheidung von Rechtsfragen in Zollsachen wird fortgesetzt. Goldschmidt (freis.) befürwortet den Antrag. Dr. Hammacher (nl.) erkennt gleichfalls ein lebhaftes Bedürfniß für den Antrag an. Es seien ihm himmelschreiende Fälle zu Ohren gekommen. Nachdem noch Rintelen (Centr.) und Schumacher (Soz.) für den Antrag Brömel gesprochen, wird derselbe angenommen. Dann wird die Berathung über den Nachtrags-Etat betr. Ostafrika fortgesetzt. Dr. Windthorst (Centr.): Für die Zukunft müssen ganz bestimmte Normen geschaffen werden, nach denen die Beisteuer zu den Kolonien nach den vom Reiche aufgestellten Kosten zu erfolgen habe. Wenn man dem Deutschen Reiche das Recht zugestehe, seine Kultur in Afrika zu verbreiten, müsse man auch anerkennen, daß es jetzt nicht mehr zurück könne, ohne sein Prestige zu gefährden. Leider sei es durch das Verbot der Ordensniederlassung der katholischen Kirche unmöglich gemacht, die nöthigen Kräfte für die Mission vorzufinden. Deutschlands Stärke beruhe in dessen Armee. Dieser Schwerpunkt dürfe nicht verrückt werden. Für die Marine sei infolge der Kolonialpolitik schon zu viel bewilligt. Wir durften unsere Kräfte nicht zersplittern. Dr. v. Frege (kons.) erwartet von der Regierung das versprochene Programm über die Gestaltung der finanziellen Verhältnisse zwischen dem Reiche und der ostafrikanischen Gesellschaft. Was die Mission anlange, so müsse jegliche Rivalität zwischen den Konfessionen vermieden werden. Die Haltung Goldschmidt's, der aus einem kolonialen Paulus ein Saulus geworden, scheine mit dem Einigkeitsbedürfniß seiner Fraktion zusammenzuhängen. Bei den Kolonialunternehmungen der Gegenwart, die für lange Jahre hinaus den Grund legten, dürfte Deutschland nicht zu spät kommen, wie der Dichter bei der Theilung der Erde. Die Aeußerung Dohrn's, die Regierung möge doch endlich mit der fortwährenden Gebietsvergrößerung aufhören, werde im Volke nicht verstanden werden und wäre im englischen Parlament undenkbar. Die klimatischen Verhältnisse Ostafrikas seien besser, als man sie darstelle. Die Finanzlage des Reichs sei nicht so ungünstig, daß man mit Rücksicht auf dieselbe die Förderung der Kolonialpolitik ablehnen müsse. Wenn Ostafrika auch in den nächsten Jahren noch kein großes Konsumtions- und Produktionsgebiet sein werde, so müsse man eben weiter denken. Auswanderungskolonien würden nicht beabsichtigt, denn wir könnten keine Verringerung unserer landwirthschaftlichen Bevölkerung wünschen. Das Schutzzollsystem stehe mit der Kolonialpolitik nicht im Widerspruch. Beide nützten wesentlich der Industrie. Daß Bamberger die anerkennenswerthen Erfolge der Schutztruppe zu Gunsten unserer Marine verkleinere, lasse erhoffen, daß Bamberger den Anforderungen der Marine künftig weniger ablehnend gegenüberstehen werde. Dohrn (freis.) will die nöthigen Staatszuschüsse bewilligen, wenn die Wirthschaftlichkeit des ostafrikanischen Unternehmens nachgewiesen sei. Das sei bisher nicht geschehen. Dr. Hammacher (nl.) bedauert, daß die Kolonialpolitik vielfach in das Parteigetriebe hineingezogen worden sei. Auch in Kreisen, die freisinnig gewesen, wie in Hamburg und Bremen, stehe man der Kolonialpolitik sympathisch gegenüber. Nach Grundsätzen, wie sie Bamberger aufgestellt habe, würden Unternehmungen wie der Suezkanal u. dergl. niemals zu Stande gekommen sein. Wie könne man der Ostafrikanischen Gesellschaft zumuthen, die Kosten zu erstatten, die für die Unterdrückung des Sklavenhandels aufgewandt seien. Wisser (wild-lib.) erklärt sich für die Vorlage, obgleich er sich von derselben nichts verspreche (Heiterkeit). Haußmann (Volksp.) verwahrt sich gegen einen ihm angeblich von Frege gemachten Vorwurf, als ob es ihm an nationalem Bewußtsein fehle. Der Präsident erklärt, daß ein solcher Vorwurf, wenn er gemacht worden wäre, vom Präsidenten gerügt worden wäre. Haußmann führt dann weiter aus, daß wir bei unseren maßlosen Rüstungen, mit denen wir anderen Ländern ein schlechtes Beispiel gäben, uns in der Kolonialpolitik nicht frei bewegen könnten. Dr. Meyer-Berlin erklärt für Deutschland die Kolonialpolitik für einen überwundenen Standpunkt. Wir hätten bei der guten alten Kultivationsarbeit bleiben sollen, die im Einzelnen von deutschen Unternehmern betrieben wurde. Bamberger bemerkt, Dr. v. Frege habe sich durch seine Anspielungen auf konfessionelle Verhältnisse als Ehrenmitglied der Antisemitenpartei empfohlen. Dr. v. Frege erklärt, daß ihm ein Angriff auf die Konfession Bambergers ferngelegen. Die Position $1^1/_2$ Millionen für die Schutzgebiete und Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Volksparteiler und Freisinnigen bewilligt. Ebenso werden die übrigen Forderungen des Nachtrags-Etats, darunter die Subvention für die ostafrikanische Dampferlinie, genehmigt. — Nächste Sitzung morgen: Strafgesetznovelle, deutsch-schweizerischer Niederlassungsvertrag.

Berlin. Der Kaiser stattete gestern dem erkrankten Erbprinzen von Meiningen einen Besuch ab. — Die Kaiserin wird voraussichtlich in ganz kurzer Zeit völlig wieder hergestellt sein. — Der Kronprinz von Italien tritt morgen Abend die Reise nach Rom über Frankfurt a. M. an. — Der König von Dänemark hat sich heute von der Kaiserin Friedrich in Homburg verabschiedet. — Die erste allgemeine Pferdeausstellung in Berlin ist heute Mittag durch deren Protektor, den Prinzen Friedrich Leopold, in Anwesenheit einer glänzenden Versammlung, in welcher die Uniform vorherrschte, eröffnet worden. Es sind mehr als 1600 Pferde ausgestellt. Der Kaiser gedenkt die Ausstellung am Sonnabend zu besuchen.

Berlin. Die Militärkommission des Reichstags setzte die Beschlußfassung über § 1 (Friedenspräsenzstärke) aus, weil das Centrum erst die Meinung seiner Wähler einholen will. § 2 (betr. die Neuorganisationen) wurde angenommen.

Berlin. In der Militärkommission des Reichstags brachte Dr. Windthorst heute folgende Resolutionen ein: 1) die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen Abstand nehmen werden von der Verfolgung von Plänen, durch welche die Heranziehung aller wehrfähigen Mannschaften zum aktiven Dienst durchgeführt werden solle, indem dadurch dem Deutschen Reiche geradezu unerschwingliche Kosten erwachsen müßten. 2) Die Erwartung auszusprechen, daß die verbündeten Regierungen in eine etwaige weitere Vorlage behufs Abänderung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des Heeres unter Aufhebung der Fristbestimmung des Septennats das Etatsjahr als Bewilligungsfrist aufnehmen werden, während der Reichstag es sich vorbehalte, auch bei sonstiger sich ergebender geeigneter Gelegenheit die Durchführung dieser Aenderung der Frist zur Geltung zu bringen. 3) Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine baldige Herabminderung der thatsächlichen Präsenzzeit bei der aktiven Armee, sei es durch Verlängerung der Rekrutenvakanz, sei es durch Vermehrung der Dispositionsbeurlaubungen eintreten zu lassen. 4) Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Einführung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen in ernstliche Erwägung zu ziehen. Seitens der freisinnigen Mitglieder der Kommission wurde erklärt, daß dieselben nur der Erhöhung der Friedenspräsenz und der Beseitigung des Septennats bei Verkürzung der Dienstzeit zustimmen würden. Im Gegensatz zu Windthorst, der den Moment zu einer Kraftprobe gegen die Regierung nicht für günstig hielt, meinten die freisinnigen, volksparteilichen und sozialdemokratischen Redner, daß gerade der gegenwärtige Augenblick hierzu geeignet sei. Die Berathung wurde schließlich auf Wunsch Windthorst's bis Montag vertagt, damit bis dahin die Abgeordneten mit den Wählern noch in Verbindung treten könnten. Die Annahme des Gesetzes gilt in parlamentarischen Kreisen als gesichert.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus ging über eine Petition des Allgem. Deutschen Hausfrauenvereins zu Leipzig auf Zulassung der Frauen zum ärztlichen und wissenschaftlichen Lehrberufe zur Tagesordnung über.

Berlin. Der Landtag wird morgen Nachmittag 3 Uhr geschlossen.

Braunschweig. In hiesigen maßgebenden Kreisen werden die Gerüchte über einen Rücktritt des Prinzregenten für unbegründet erklärt.

Wien. Das Handelsministerium hat die Privatbahnen aufgefordert, über den Zeitpunkt der möglichen Einführung des Zonentarifs Anträge zu stellen. Der Aussig-Teplitzer und Buschtiehrader Bahn wurde aufgegeben, den Tarif am 1. Oktober einzuführen.

Pest. Das Urtheil gegen Melchior Farkas, der in erster Instanz wegen Betrugs bei der Lottoziehung, wodurch er eine halbe Million gewonnen hatte, zu 6 Jahren Kerkers verurtheilt worden war, ist aufgehoben und eine abermalige Untersuchung angeordnet worden.

Paris. In der Waffenfabrik Etienne ist eine große Unterschlagung vorgekommen.

Rom. Wie verlautet, wird Crispi im August eine Zusammenkunft mit Kalnoky in Karlsbad haben.

Belgrad. Sämmtliche Wiener und Pester Blätter, die Kalnokys Exposé enthielten, sind hier beschlagnahmt worden.

Die Berliner Börse nahm heute einen schwachen Verlauf. Sie eröffnete auf die angeblich projektirte Börsensteuer in vorwiegend schwacher Tendenz bei schwerfälligem Geschäft. Nach Erledigung der ersten Verkäufe befestigte sich die Tendenz etwas. Banken vorwiegend etwas niedriger, deutsche Bahnen still, österreichische durch Realisirung mehrfach gedrückt, ebenso litten Bergwerke unter Realisationen. Fremde Renten waren abgeschwächt. Wiener und lokale Abgaben führten später eine weitere Abschwächung herbei. Schließlich befestigte sich die Tendenz auf bessere Pariser Notirungen wieder. Im Kassaverkehr waren Bahnen ruhig. Auch der Verkehr in Eisenbahnen bewegte sich innerhalb schwacher Grenzen. Oesterreichische Prioritäten etwas schwächer. Privatdiskont $3^1/_2$ Prozent. Nachbörse abgeschwächt. — **Wetter:** Bedeckt, etwas Regen, S.-S.-W.-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 264,50. Staatsb. 196,75. Lomb. 121,00. Galizier 171,25. Egypter 98,50. 4proc. Ung. Goldr. 89,50. Diskonto 223,10. Dresdn. Bk. 156,80. Laura 143,00. Italiener —,—. Still.

Paris. (Schluß.) Rente 92,55. Anleihe 106,55. Italiener 97,10. Staatsbahn 497,50. Lombarden 301,25. do. Prioritäten —. Spanier $77^1/_{16}$. Egy. ver 492,18. Ottomanen 612,50. Ottomane 615,00. Unentschieden.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Juni 25,50, per Septbr.-Decbr. 23,70, behauptet. Spiritus per Juni 36,75, per Septbr.-Decbr. 38,00, behauptet. Rüböl per Juni 69,50, per September-December 68,00, ruhig.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per November 196. Roggen per October 119, per März 120.

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42). Butter täglich 3 Mal frisch.